

angeführt. Die Regierung glaubt, daß, nachdem wir bereits eine ganze Reihe von Nebenbahnen gebaut und gekauft haben, eine gewisse Härte für diejenigen Gegenden, welche jetzt erst noch eine Bahn bekommen sollen, darin liegen würde, daß sie seiner Zeit beigetragen haben zu den Kosten der Erbauung und des Ankaufes von Bahnen in anderen Gegenden und nunmehr noch besondere Beiträge zur Befriedigung ihrer Verkehrsbedürfnisse zahlen sollen.

(Sehr richtig!)

Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß in Frankreich, Italien und Preußen Vorschriften in dieser Beziehung bestehen, so ist mir dies nicht unbekannt; allein es liegt doch zwischen diesen Ländern und Sachsen ein gewisser Unterschied vor. Meine Herren! Sachsen ist nicht viel größer, wie eine große Provinz von diesen Ländern und es fällt somit bei uns dem Lande die Aufgabe der Provinz in jenen Ländern mit zu. Es dürfte daher bei uns nicht angezeigt sein, noch einen Unterschied zu machen zwischen den Aufgaben des ganzen Landes und der einzelnen Regierungsbezirke, beziehentlich der einzelnen Kreise. Die Regierungsbezirke werden überhaupt nicht in Betracht kommen können, weil sie keine vermögensrechtliche Vertretung haben; es würden also nur in Frage kommen können die Bezirke und Gemeinden. Nun haben wir, meine Herren, erst vor einigen Jahren die Bezirke mit einem nicht übermäßig großen Vermögen aus der französischen Kriegscontribution ausgestattet und ihnen dagegen bestimmte Angelegenheiten zur Selbstverwaltung überwiesen. Wollten wir nun von den Bezirken Beiträge zu Eisenbahnbauten verlangen, so würden sie die übrigen Zwecke nicht erreichen können. Das sind die Erwägungen, welche die Regierung abgehalten haben, mit einem Vorschlage, wie der Herr Abg. Roth im Sinne hat, vor die Kammern zu treten. Sollten die hohen Kammern anderer Ansicht sein, so ist die Regierung gern bereit, diese Frage nochmals in Erwägung zu ziehen.

Abg. Bodel: Meine Herren! Da die allgemeine Vorberathung die Kammer schon so lange Zeit in Anspruch genommen hat, werde ich mich auf einige wenige Worte beschränken. Wie Ihnen bekannt ist und auch aus dem vorliegenden Decrete hervorgeht, ist bereits im Jahre 1874 von der Ständerversammlung der Bau einer Normalbahn von Schwarzenberg nach Johannegeorgenstadt beschlossen worden, hat aber nicht in Angriff genommen werden können. Jetzt beantragt die königl. Staatsregierung die Herstellung einer Secundärbahn mit Normalspur. Obschon die Bewohner der dortigen Gegend bisher die Hoffnung gehegt hatten, daß die Bahnanlage so, wie sie früher beschlossen worden, in Ausführung gelangen werde, so halte ich doch Angesichts

der ungünstigen finanziellen Lage des Staates und in Anbetracht der sonst im Decrete hervorgehobenen Umstände nicht für angezeigt, auf Realisirung des früher gefaßten Beschlusses zurückzukommen, indem ich der Meinung bin und auch hoffe, daß den Wünschen der in Frage befangenen Bevölkerung im Wesentlichen Genüge geleistet wird durch Errichtung einer normalspurigen Secundärbahn. Als Vertreter des betreffenden Wahlkreises aber fühle ich mich der königl. Staatsregierung gegenüber für die Vorlage zu lebhaftem Danke verpflichtet und bitte ich die geehrte Deputation, an welche das Decret verwiesen werden wird, das Project in wohlwollende, dem Antrage der königl. Staatsregierung entsprechende, langjährige berechnete Interessen befriedigende Rücksicht ziehen zu wollen.

Wenn der Herr Abg. Grahl vorhin sich gegen den Vorschlag der königl. Staatsregierung auf Herstellung der Secundärbahn als normalspuriger gewendet hat, so glaube ich mich einfach auf die Motiven zum Decrete beziehen zu können, die so durchschlagende sind, daß ich denselben kaum Etwas hinzuzufügen habe, und die auch der Herr Abg. Grahl vergeblich versucht hat, zu entkräften.

Präsident Haberkorn: Es ist auf Schluß der Debatte angetragen worden. Wird dieser Antrag unterstützt? — Sehr zahlreich.

Zum Wort gemeldet haben sich noch die Herren Abgg. Dr. Heine, Dr. Meischner, Ackermann, Schmidt, Kramer, Miethammer, Dr. Stephani, Dr. Böhme, Ahnert und Köselitz. Begehrt Jemand das Wort? — Herr Abg. May!

Abg. May: Ich muß die Ungeduld der Herren Antragsteller bei einer so wichtigen Frage sehr bedauern. Es ist schon vorgestern von dem Herrn Abg. Dr. Stephani sehr richtig darauf hingewiesen worden, daß die Eisenbahnfrage einer der wichtigsten Gegenstände des gegenwärtigen Landtages sei. Nun, meine Herren, da sollte ich doch meinen, soviel Geduld wird doch da sein, diejenigen Redner, die sich zum Worte gemeldet haben, noch anzuhören; es wird das zwar keine Directive schaffen für die Deputation, wohl aber sehr schätzbares Material. Bitte deshalb, den Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen.

Präsident Haberkorn: Da Niemand weiter das Wort begehrt, frage ich die Kammer:

„Beschließt sie den Schluß der Debatte?“

(Nach Probe und Gegenprobe.)

Der Schluß der Debatte ist mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen.

Ich frage die Kammer:

„Beschließt sie, das königl. Decret Nr. 24,